



Kräfte und Schachzüge am Vorabend der Euro-Krise

Der Griechenland-Deal

Endlich wurde das «arte»-Portrait des New Yorker Bankhauses «Goldman Sachs» auch im Schweizer Fernsehen gezeigt – allerdings erst zu nachtschlafener Zeit am 11. September.

Goldman Sachs ist zweifellos das sowohl am engsten als auch am undurchdringlichsten mit Staaten verbandelte Bankhaus der Welt. Investment-Banking ist sein Spezialgebiet. Es hat daraus Milliarden an Gewinnen gezogen. Selten nur gelingt es hartnäckigen Rechercheuren, Erkenntnisse über die konkrete Aktivität von Goldman Sachs zu gewinnen.

Eng verzahnt mit Staaten

Auffällig dabei: Wichtigste Exponenten der Finanzwelt, auch solche an höchsten staatlichen Stellen haben ihre Karriere bei Goldman Sachs aufgebaut – in Europa allen voran der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi. Aber auch Mario Monti, der gescheiterte Sanierungs-Premierminister Italiens war früher einflussreicher Goldman Sachs-Berater, ebenso ein früherer griechischer Finanzminister. Sodann gehören die meisten Exponenten der amerikanischen Notenbank Fed und des amerikanischen Finanzministeriums zu den «Goldman Sachs-Boys». Honni soit qui mal y pense...

Griechenland-«Hilfe»

Im «arte»-Film wird gezeigt, wie Goldman Sachs dem hochverschuldeten Griechenland vor Jahren mit einem besonderen Trick – namhafte Kommentatoren bezeichnen ihn auch als «betrügerisch» – zum Eintritt in die Euro-Zone verhalf. Dies mit einem Bilanzausweis zu den griechischen Staatsfinanzen, der längst als gefälscht entlarvt worden ist. Mit Ausnahme des daraus für Goldman Sachs resultierenden Gewinns – angeblich sechshundert Millionen Dollar – nennt der «arte»-Film keine Zahlen. Aber er durchleuchtet das konkrete Vorgehen, für das Goldman Sachs die griechische Regierung damals zu gewinnen vermochte.

Griechenlands Aufnahme in die Euro-Zone ging eine raffinierte, von Goldman Sachs erfundene Devisen-Transaktion voraus. Die griechische Regierung wurde dafür gewonnen, in grossem Stil – wohl im zweistelligen Milliardenbereich – US-Dollars bei Goldman Sachs zu kaufen – damals noch gegen griechische Drachmen, die zu drucken die Regierung des hochverschuldeten Griechenland die Zentralbank ihres Landes zu veranlassen wusste. Der Trick: Goldman Sachs lieferte schliesslich gar den doppelten Dollarbetrag als Gegenleistung zum Wert der Goldman Sachs von Griechenland angebotenen Drachmen. Dies selbstverständlich nicht gratis – Goldman Sachs ist schliesslich kein Wohltätigkeits-Institut. Die Verdoppelung des Betrags erfolgte gemäss einem der Geheimhaltung unterstellten Zusatz zum offiziellen Vertrag über die der Öffentlichkeit mitgeteilten Dollar/Drachmen-Transaktion.

Scheinbar höhere Währungsreserven

Durch die geheim abgewickelte Verdoppelung der im Vertrag erwähnten Dollar-Überweisung von Goldman Sachs an Griechenland konnte die griechische Regierung gegenüber der EU – für diese überraschend – höhere Fremdwährungsbestände und damit Währungsreserven ausweisen, als Brüssel zuvor angenommen hatte. Brüssel – über alles in der Welt auf EU-Vergrösserung

erpicht – unterliess genauere Nachforschungen, hiess das überraschend «reichere» Griechenland vielmehr nur allzu bald willkommen im Club der Euro-tauglichen EU-Mitglieder.

Kaum war Griechenlands Aufnahme Tatsache, hatte Athen die geheim und zusätzlich zur im offiziellen Vertrag von Goldman Sachs erhaltene Dollar-Summe zurückzuerstatten – zu hohem, dem Risiko der Transaktion angemessenem Zins.

Rasch verspielter Profit

Wenn auch auf den ersten Blick kaum sichtbar, versprach sich doch auch Griechenland von diesem teuren Deal mit Goldman Sachs ein sehr gutes Geschäft: Die griechische Regierung rechnete – zu Recht, wie sich wenig später herausstellte – fest damit, dass die Schuldzinsen für die griechischen Staatsschulden, sobald Griechenland in die Euro-Zone aufgenommen würde, auf das Niveau von Schuldzinsen der stärksten Euroländer absinken würden – von Deutschland, Holland und Finnland. Das würde Griechenland in den Folgejahren Kosten ersparen, welche den Betrag der an Goldman Sachs für den raffinierten Deal einmalig zu erstattenden Zinszahlung weit übertreffen würden.

Diese Rechnung erwies sich als richtig – trotzdem ging sie nicht auf. Die Schuld dafür trägt allein die griechische Regierung. Verhängnisvollerweise nutzte Athen die milliardenschwere Entlastung bei den Zinszahlungen für die griechischen Staatsschulden nicht für Einsparungen, nicht zur Schulden-sanierung. Vielmehr sagte sich die so leicht in die Euro-Zone geratene griechische Regierung, sie könne sich fortan für gleich hohe Zinslasten eine dreifache Verschuldung des Staatshaushaltes leisten. Und diese Erwartung wurde zum Fundament jenes Kartenhauses, zu welchem die griechische Regierung weitab aller verantwortungsvollen Berechnungen den griechischen Sozialapparat geradezu schlaraffisch aufblähte – viel zu kostspielig im Vergleich zur Leistungskraft der griechischen Wirtschaft.

Es kam wie es kommen musste: Während sich Goldman Sachs seiner leicht verdienten sechshundert Millionen Dollar Gewinn aus dem Griechenland-Deal erfreuen kann, sitzt Athen heute tiefer im Schuldensumpf denn je...

Leidtragende sind die Griechinnen und Griechen, deren Wirtschaft angesichts der ihr aufgebürdeten Soziallasten schlicht wettbewerbsuntauglich geworden ist. Die an sich noch konkurrenzfähigen Betriebe wandern ab! Arbeitslosigkeit, Armut und Elend bleiben den Griechen. Leidtragende sind aber auch Griechenlands EU-Partner – allen voran Deutschland, das, um den Kollaps der Euro-Zone zu verhindern, die Hauptlast an der Erhaltung Griechenlands durch «Rettungsschirme» übernehmen musste – ohne dass die dafür masslos geschöpften Steuerzahler je um ihre Zustimmung zu solchen Hilfsmassnahmen befragt worden sind.

Brisante Zusammenhänge

Seine eigentliche Brisanz erhält der Griechenland-Goldman Sachs-Deal aber durch die Tatsache, dass Mario Draghi, heute oberster Schuldenmanager in der EU, in den Diensten von Goldman Sachs stand, als dieser Deal ausgeheckt und abgewickelt wurde. Bevor Draghi zum Chef der Europäischen Zentralbank ernannt wurde, hat wenigstens ein einziges Mitglied des EU-Parlaments, ein Franzose, den bereits nominierten EZB-Chef ob seiner Verbandelung mit Goldman Sachs zur Rede gestellt. Draghis Antwort: Er habe seinerzeit bloss mit Privatkunden von Goldman Sachs Geschäfte abgewickelt. In die Kontakte von Goldman Sachs zu Staaten sei er nie eingeweiht worden...

In einer bürokratiehörigen Organisation wie der EU konnte die unbequeme Frage trotz dieser lächerlich-untauglichen Antwort vom Tisch gewischt werden. Dass sie von niemandem neu aufgenommen werde – dafür sorgt der Brüsseler Funktionärs-Apparat zuverlässig.

Und die Schweiz?

Was aber gehen all diese Vorgänge das Nicht-Euro-Land Schweiz an? Die Schweiz wäre zweifellos sehr gut beraten, die Finger zu lassen von allzu enger Anbindung des Frankens an den auf so fragwürdigen Fundamenten gebauten Euro, wie sie im «arte»-Film erkennbar geworden sind.

Als dieser Euro im September 2011 ins Bodenlose fiel, gab es für die Nationalbank wohl keine andere Lösung als die damals eingeführte «vorübergehende» Anbindung des Frankens an den Euro auf der Höhe eines Wechselkurses von Fr. 1.20. Inzwischen hat sich der Euro auf einer Kurshöhe von über Fr. 1.20 eingependelt. Die Nationalbank wäre – wenn ihr die Interessen der Schweiz wichtiger sind als Rettungsübungen für eine fragwürdige Einheitswährung – gut beraten, ihre als Folge ihrer Interventionen zugunsten der Einheitswährung heute viel zu hohen Euro-Bestände still und leise, Schritt für Schritt wieder abzubauen. Dabei bestünde Gelegenheit, den Erlös aus den Euroverkäufen zu nutzen, um die vor rund zehn Jahren kopflos zu miserablen Preis verschleuderten sechzig Prozent ihrer Goldbestände (1560 von ursprünglich 2600 Tonnen) ebenso zielbewusst und schrittweise zu ersetzen. Der Goldpreis ist in den vergangenen Monaten bekanntlich gesunken. Die Gelegenheit wäre also günstig. Die massvolle Äufnung der Goldbestände läge im Interesse der Schweiz – so wie das die Goldinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» auch fordert.

Goldstück

*Der Newsletter «Goldstück» wird herausgegeben vom Komitee «Ja zur Goldinitiative – Rettet unser Schweizer Gold», Postfach 23, 8416 Flaach
www.goldinitiative.ch – info@gesunde-waehrung.ch*

Autor der heutigen Ausgabe: Lukas Reimann NR, Wil SG